

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post besond. vierteljährlich 15.— Mt., für einen Monat 5.— Mt., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4506. — **Postfachkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mt. bei Platzvorschrift 2.30 Mt.; Familienanzeigen für die Zeile 1.70 Mt. Reklame-Kolonelle 7.50 Mt. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Verfassungsbruch! Das schmachliche Ende der Nationalversammlung.

Drei Flammenzeichen!

Berlin, 22. Mai. (Eigene Drahtmeldung der Leipziger Volkszeitung.) Die Freiheit schreibt unter der Überschrift: „Ein würdevoller Zusammenbruch“, daß die schiedende Nationalversammlung in ihrer letzten Sitzung die Wahlparole für die kommenden Wahlen ausgegeben habe. Drei unverstehbare Flammenzeichen leuchteten aus der Sitzung in den Wahlkampf. Diese Flammenzeichen hat bewiesen, daß ihre eigenen Heiligthümer, Parlament, Mehrheitbeschluss, Demokratie und Verfassung in Wahrheit für sie nicht mehr sind, als Stützen und Wägen ihrer Parteiherrschaft, die sie heilig spricht, solange sie ihr dienen, und die sie von sich wirft, sobald sie gegen sie entscheidet. Als zweites Zeichen entstand die Frage, war die Koalitionsregierung Vertreterin der Demokratie, so mühten die sozialdemokratischen Mitglieder bereits sich gemäß dem Beschluß ihrer Fraktion durchsetzen und die Durchföhrung des Mehrheitsbeschlusses erzwingen. Aber noch am letzten Tage der Nationalversammlung, knapp 14 Tage vor den neuen Wahlen, entwarf sie in ihrer Klarheit das Schauspiel der Bürgerlichen Demokratie. Und zum dritten: Die letzte Willkür der Nationalversammlung, die sich schweigend vollzog, auch ohne daß der Präsident dazu ansetzte, fand auf der einen Seite die Demokraten, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Demokraten und treu mit ihnen in Wien: die Sozialdemokratie, auf der anderen Seite allein als Schützerin der Rechte des Volkes und der Freiheit der Arbeiterschaft die Unerschrockene Sozialdemokratie. Die Freiheit schließt mit den Worten: Mit diesen drei Flammenzeichen stehen wir getrost in den Wahlkampf. Wie sind begierig, zu erfahren, wer verurteilt, sie zu Wägen.

Sichzack-Kurs.

Ein Reichsministerium gegen das andre.

Berlin, 22. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Mitteilung des Ministers des Innern, Koch, in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung über einen bevorstehenden den rechtskatholischen Politikern, die er aus Demagogie zur Rechtfertigung der Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes machte, hat offenbar als Alarm signal gewirkt. Die gesamte Berliner Abend- und Morgenpresse bringt aus dem Reich bedeutende Nachrichten, aus Ostpreußen, wie aus Schlesien, aus Bayern wie aus Pommern. Das Reichswehrministerium und die übrigen Behörden der Reichsregierung sammeln nun Worte der Entschuldigung und versuchen die bekanntgewordene Unzufriedenheit in Worte zu stellen. Die Truppenkonzentrationen in Schlesien erklärt das Reichswehrministerium mit angeblichen Heeresverlesungen. Gegen den Frontbund, der bewußtlich sich der Auflösung der Freiwilligenkorps widersetzt, ist angeblich eine Unterjochung eingeleitet. So ist nun bezweifelnd, daß das Reichswehrministerium zugehen muß, daß Teile der Reichswehr an den Versammlungen des Frontbundes sich beteiligt haben. Das sei geschehen, um die diskontinuitlichen Tendenzen des Frontbundes durch Teilnahme verlässlicher Elemente auszugleichen, was allerdings mißlungen sei.

Teilweise Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Berlin, 21. Mai. (W. L. V.) Der Reichspräsident hat die auf Grund des Artikels 48 erlassenen Ausnahmevorschriften aufgehoben für folgende Bezirke: Berlin, Brandenburg, Pommern, die Reste der früheren Provinzen Westpreußen und Posen, für Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen-Nassau, sowie für die Rheinprovinz außer dem Regierungsbezirk Düsseldorf; ferner für Hessen, Mecklenburg, Braunschweig, Oldenburg, Anhalt, Waldeck, Lippe-Deimold, Schaumburg-Lippe und die Hanfsäbde. Im Freistaat Sachsen, in Württemberg, Baden und in Thüringen mit Ausnahme von Gotha, bestehen Ausnahmevorschriften nicht. Ueber Ostpreußen, Schlesien und die Provinz Sachsen wird noch ein näherer Bericht vor der Entscheidung abgewartet. Die Entscheidung soll in den nächsten Tagen erfolgen.

Bedenkliches aus der Sicherheitswehr.

Berlin, 22. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Volkliche Zeitung macht Mitteilung über bedenkliche Vorgänge in der Berliner Sicherheitspolizei. Der Major Bruer als Abteilungsleiter der Beschaffungstelle der Sicherheitspolizei habe bei der englischen Firma Zielland 700 000 Meter Militärstoffe zum Preise von 205 Millionen Mark bestellt, während er die gleiche Menge bei deutschen Fabrikanten für den Preis von 119 Millionen Mark hätte kaufen können.

Von der Tagung des Völkerbundesrates.

Wesel, 22. Mai. (L. V.) Aus Rom wird gemeldet: Der Völkerbundrat hat gestern seine letzte offizielle Sitzung abgehalten. Der Vorsitzende Titooni schilderte die in der Zusammenkunft des Rates gefassten Beschlüsse. Der Vertreter Griechenlands verlas den Bericht über die Aufnahme neuer Länder in die Gesellschaft der Nationen, der gegenwärtig 37 Staaten angehören. Der Zusammentritt der Generalversammlung des Völkerbundes kann jedoch kaum vor November erfolgen. In diesem Sinne wurde Wilson Mitteilung gemacht.

Arbeit für den Völkerbund.

Amsterdam, 21. Mai. Im englischen Unterhause hielt Lord Robert Cecil eine Rede, die großen Eindruck machte. Er sagte, in den auswärtigen Angelegenheiten sei ein sehr kritischer Augenblick gekommen. Der Völkerbund bezwecke Sicherung und Erhaltung des Friedens. Warum sei seine Vermittlung in der polnischen Angelegenheit nicht angerufen worden? Er, Cecil, habe sein Bestes getan, die Regierung dazu zu veranlassen, daß sie die Intervention des Völkerbundes ansetze, um einen Krieg zwischen Polen und Rußland zu vermeiden. Es gingen Gerüchte, daß auch Finnland und Rumänien beabsichtigen, den Krieg gegen das bolschewistische Rußland wieder aufzunehmen. Das müsse verhindert werden. Das Eingreifen des Völkerbundes könne auch noch den Krieg zwischen Rußland und Polen anhalten.

Amsterdam, 21. Mai. Laut Nieuwen Handelsblad haben die unabhängigen Liberalen im englischen Unterhause den vor einiger Zeit angekündigten Antrag eingebracht, in dem u. a. der Ausschub der endgültigen Einsetzung des Völkerbundes befragt, die sofortige Einberufung der Völkerbunderversammlung verlangt, der Beitritt Deutschlands und Rußlands zum Bunde geordert wird.

Die deutsch-französischen Verhandlungen über die Wirtschaftfragen.

Paris, 21. Mai. In der heutigen Plenarsitzung der Sachverständigen über die Wirtschaftfragen wurde nach kurzer Aussprache beschlossen, drei Unterkommissionen zu bilden für die Schwerindustrie, elektrische und Maschinenindustrie, eine zweite für die Textilindustrie und eine dritte für verschiedene Zweige der chemischen Industrie.

Ungarn unterzeichnet den Friedensvertrag.

Paris, 21. Mai. Der Vertreter der ungarischen Friedensdelegation, Braznowski, ist heute vormittag aus Budapest hier eingetroffen. Er hat der Friedensdelegation mitteilen lassen, daß die ungarische Regierung die Bedingungen des Friedensvertrages annehme.

Kämpfe zwischen französischen Truppen und türkischen Nationalisten.

Amsterdam, 21. Mai. Times meldet aus Konstantinopel, daß die französische Garnison von Ufa, die am 10. April nach 41tägiger Belagerung freien Abzug zugestanden erhielt, von türkischen Nationalisten überfallen wurde. Von 450 Mann französischen eingeborenen Truppen unter europäischen Offizieren seien nur 100 am Leben geblieben.

Schlechte Weizenernte in Aussicht.

Amsterdam, 21. Mai. Englischen Blättern zufolge hieß Lebensmittellkontrolleur Max Curdy in London eine Rede, in der er sich über die Aussichten der Weizenernte in Weizel sehr besorgt äußerte. In einigen Monaten würde die Bevölkerung Englands vielleicht wieder Kriegsvorrat von einer Beschaffenheit essen müssen, die der während der schwersten Zeit des Krieges entspreche. Er mahnte daher zur Sparsamkeit im Verbrauch von Mehl und Brot.

Ausbreitungen in Ludwigshafen.

Ludwigshafen, 22. Mai. (L. V.) Zu schweren Ausbreitungen kam es gestern nachmittags gegen 4 Uhr in der Badischen Anilin- und Sodafabrik. Direktor Seidel wurde dabei so schwer mißhandelt, daß er für eine halbe Stunde bewußtlos am Plage lag. Der herbeigerufenen Polizei in Stärke von 100 Mann gelang es nach langen Bemühungen, das Direktionsgebäude zu besetzen und die Arbeiter auseinanderzutreiben.

Bandarbeiterunruhen in Italien.

Rom, 22. Mai. (L. V.) In der Provinz Udine bemühten sich die kreisenden Bandarbeiter mehrere Ortschaften, verjagten die kantonalen Behörden, Polizei und Carabinieri und hielten die rote Fahne auf den Rathhäusern. Sie unterbrachen die Telegraphen- und Telefonleitungen und sprengten eine Brücke und ein Tunnel der Straße Udine-Wien. In Verona ist der Generalkreis in Stadt und Land ausgebrochen.

Die letzten Herausforderungen.

Die Nationalversammlung nahm gegen den alleinigen Widerspruch der Unabhängigen Sozialdemokratie die Erklärung der Regierung hin, daß sie den Beschluß des Parlaments, den Belagerungszustand aufzuheben, nicht ausführen wird. Dem Antrag der Unabhängigen Sozialdemokratie, diesen Verfassungsbruch durch Entziehen des Vertrauens zu beantworten, sagten die Rechtssozialisten die eine fehlende 15. Untersticht.

Die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit wurde durch die Obstruktion der Rechten vereitelt!

Die Nationalversammlung ist am Ende. Am schmachlichen Ende. Mit zwei aufreißenden, aufsehensvollen Herausforderungen der Arbeitererschaft, mit zwei Faustschlägen ins Gesicht des Protektariats verabschiedet sie sich!

Verfassungsbruch ist die Tat, womit sie ihre Sündenchronik beschließt. Die Grundpfeiler der Verfassung, die unantastbaren Schätze der Demokratie haben zum Schluß dem deutschen Protektariat das Beispiel gegeben, wie man das Verfassungsrecht zur willkürlichen Waffe macht, wenn seine Anwendung einmal den Gewalt haben nicht paßt. Mit einer jeftillischen Anselung, deren Wertlosigkeit nur durch ihre Freundschaftlichkeit überboten wird, hat die Regierung und ihre willkürliche Mehrheit die Rechtlosigkeit des Beschlusses vom Donnerstag, der die Aufhebung des Belagerungszustandes zur sofortigen gebieterischen Pflicht der Regierung machte, aus der Welt zu schaffen versucht. Und ihre Mangelmehrheit nicht dazu mit dem Kopf. Die Rechtssozialisten haben über Nacht die Erlaubnis gewonnen, daß dies, was sie des Tags vorher forderten, nicht geschehen darf. Sie überreifen im Umfassen selbst die alten Nationalliberalen, die ihre Verleugnungen besserer Einsicht oder schöner Versprechungen an die Wählerchaft wenigstens erst nach einer gewissen Anstandsfrist vorzunehmen pflegten. Die Revolution hat mit verschiedenen Dingen und Einrichtungen, die bis dahin für sehr ehrwürdig galten, mehr oder minder — meist minder — radikalen Schlag gemacht. Offenbar sind deshalb die Rechtssozialisten der Ueberzeugung, daß man auch mit der alten Einrichtung der Anstandsfrist vor dem Unfall aufzuräumen könne!

Sie sind revolutionär, wenn es gegen die Revolution geht. Sie haben den Mut, sich zu proklamieren, wenn es gegen das Protektariat geht. Sie hatten die Gelegenheit, ihr beschmutztes Schild vor der Reichstagswahl nach von einigen schwarzen Flecken zu befreien. Sie haben sie verfehlt. Oder vielmehr, sie hätten sie gar zu gern benutzt, aber die Fesseln der Koalition, in denen sie Reden, erlaubten ihnen nicht, ihre Hände frei zu gebrauchen. Sie mühten sich zu der schmachlichen Rolle hergeben, sich selbst zu ohneigen und sich zu Hütern des Ausnahmezustandes zu erniedrigen. Sie haben sich selbst ins Gesicht geschlagen, denn was sie am Freitag mühten über die angebliche Notwendigkeit, die Ruhe und Ordnung durch das Ausnahmezustand zu sichern, das wußten sie natürlich am Donnerstag ebenjogut. Und den Wert der roten Marsch über die drohenden neuen Rapp-Putsch haben sie am gestrigen Tage ebenjogut durchschaut wie am vorgestrigen. Wissen sie doch ohnehin, daß der Belagerungszustand, der die politische Macht in die Hand des Militärs gibt, lediglich der Beförderung etwaiger Putschabsichten der Gegenrevolutionäre dient. Sie haben es nicht gewagt, in einer entscheidenden Stunde, wo alle Trümpe in ihrer Hand waren, wo das sonnenklare Recht auf ihrer Seite war, ihren Willen gegen ihre bürgerlichen Verbündeten durchzusetzen. Sie hatten die Möglichkeit, in letzter Stunde eine Tat für das Protektariat zu tun, die geachtet hätte; sie hatten die Möglichkeit, den Bedrängern der Arbeiterschaft ein Stück Macht aus der Hand zu winden; sie hatten die Möglichkeit, die ihnen zugleich gebieterische Pflicht hätte sein müssen, die schwerbedrohliche Wahlrecht durch eine entsprechende Maßregel zu sichern. Sie haben kläglich verjagt und haben einen Rechtsbruch, einen Verfassungsbruch mit begangen, über dessen verhängnisvolle Bedeutung, über dessen Unabsehbarkeit sie nicht einen Augenblick im Zweifel sein können. Sie haben der Gegenrevolution den Scheinbügel gehalten in einer Zeit, da die kämpfenden Parteien zur Entscheidungsbereitschaft riefen. Sie haben sich selbst das Urteil gesprochen und an der Wählerchaft ist es nun, es zu vollstrecken.

Mit Versprechungen, wohlfeil wie Brombeeren und wertlos wie taube Mäuse, sucht die Regierung über die Ungeheuerlichkeit hinwegzutäuschen, daß die Wahlen in Ruhrrevier unter dem weißen Schrecken stattfinden sollen, daß die Wahlen in Bayern durch die wochenlange Knebelung der unabhängigen Presse gestillt werden sollen. Die Gegenrevolutionäre, die Rechtssozialisten, deutschnationale und Deutsche Volksparteier nebst Demokraten, die immer mehr ins reaktionäre Lager abzurücken, werden durch den Belagerungszustand nicht weiter geniert. Ihre Blätter erscheinen und ihre Geldquellen, die Sädel der Großgrundbesitzer und Großunternehmer sprudeln lustig und die die Arme der Staatsgewalt sind ohnmächtig, wenn sie sich gegen sie richten sollen. Die Elektrizität der Staatsanwaltschaft, die hinter den Rappisten erlassen werden, sind kraftlose Fäden Papier, über die die „Verfolgten“ nur ein höhnisches Lachen haben. Die ganze Wucht des Belagerungszustandes fällt allein auf die revolutionäre Arbeiterschaft, auf diejenigen, die die Republik erst eben vor den Verschwörern von rechts